

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 28 40. Jahrg.

15. Juli 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 85-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Ami Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten. [Postverlagsgort Schkenditz.]

Gewerkschaften und Wirtschaftslage.

Die Frage nach den Ursachen der trotz eingetretener wirtschaftlicher Neubelebung noch immer ungünstigen Weltwirtschaftslage ist schon lange Gegenstand eingehender Untersuchungen und Erörterungen. Eine allgemein befriedigende Antwort wurde bis jetzt noch nicht gefunden, sondern gehen die Ansichten darüber je nach der nationalen oder wirtschaftlichen Einstellung der dabei Beteiligten weit auseinander. Auch die internationale Weltwirtschaftskonferenz hat trotz eingehender Vorbereitungen die gewünschte Klärung nicht gebracht, obwohl man diese nach der von dem die Konferenz vorbereitenden Ausschuss herausgegebenen Denkschrift mit ihrem teilweise vorzüglichen und grundlegenden Material über die in den europäischen Ländern bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse erwarten konnte. Das besagt nicht, daß die Konferenz ein verfehltes Experiment war, sondern zeigt nur die Schwierigkeiten auf, die einer Lösung der Frage nach den der Weltwirtschaft ungünstig beeinflussenden Ursachen und ihrer Beseitigung entgegenstehen.

Im allgemeinen ist man einig darüber, daß zwischen Produktion und Verbrauch ein schroffes Mißverhältnis besteht. Nicht etwa in der Weise, daß die Produktion den vorhandenen Bedarf nicht zu befriedigen vermöchte, sondern vielmehr, daß die Kaufkraft der Bevölkerung in allen Ländern, mit Ausnahme Nordamerikas, nicht ausreicht, um die von der Industrie erzeugten Waren abzunehmen und sie in den Stand zu setzen, ihre volle Erzeugungskraft in Anwendung zu bringen. Damit hat aber die Einigkeit ein Ende, denn schon bei der Frage, was ist schuld daran, daß dieses Mißverhältnis besteht, treten die schroffsten Meinungsverschiedenheiten hervor.

Es kann nicht überraschen, wenn in diesem Meinungsstreit auch von wissenschaftlicher Seite Stellung genommen wird. Es ist das kein Fehler, sondern trägt dazu bei, die Sachlage zu klären. Nur muß verlangt werden, daß es in objektiver und die Verhältnisse allseitig beleuchtender Weise geschieht. Das ist bei den Betrachtungen, die der bekannte Professor Gustav Kassel in einem gegenwärtig durch die bürgerliche Presse gehenden Aufsatz über „das Rätsel der Weltwirtschaftslage“ anstellt nicht der Fall. In ganz einseitiger Weise wird von ihm vielmehr gegen die Gewerkschaften Stellung genommen und ihnen die Schuld daran zugeschoben, daß die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse andauern, die industrielle Entwicklung stagniert und die Arbeitslosigkeit nicht weichen will. Ist es auch Unsinn, so zeigt es doch Methode! Wenn auch nicht die Methode des ersten wissenschaftlichen Wahrheits-suchers, sondern die des rückhaltslosen, engherzigen Vertreters kapitalistischer Interessen.

Bei seiner Untersuchung der wirtschaftlichen Lage tritt Kassel der Auffassung entgegen, daß sie etwa durch Überproduktion, Entwicklung einer selbständigen Industrie in den Agrarländern oder Zurückhaltung von Rohstoffen von dieser Seite entstanden sei. Die wirtschaftliche Misere beruhe lediglich darauf, daß die Industrie mit zu hohen Produktionskosten arbeite, ihre Erzeugnisse deshalb zu teuer sind und die Urproduktion nicht in der Lage sei, die von ihr verlangten Preise zu zahlen. Hieraus folge ein ungenügender Absatz der industriellen Erzeugnisse, Arbeitslosigkeit für die Arbeiter und weiterhin eine schlechte Entwicklung der Landwirtschaft, wie der Urproduktion im allgemeinen, weil sie nicht mit hinreichenden industriellen Hilfsmitteln ausgestattet wird. Den Beweis für diese Ansicht erblickt er in der Preisverschiebung, die eine Preissteigerung der Industrieerzeugnisse über die Agrarerzeugnisse herbeigeführt habe. Diese Steigerung entspreche nicht der bestehenden Marktlage und beruhe auf monopolistischen Tendenzen.

Als Träger dieses Monopolismus bezeichnet Kassel das Schutzollsystem, das Kartell- und Trustwesens sowie die Gewerkschaften. Das Schutzollsystem erkläre aber die festzustellende Preisverschiebung nicht in genügender Weise. Auch von dem Kartell- und Trustwesens lasse sich nicht behaupten, daß es dahin wirke, die fertigen Produkte mehr als die Rohstoffe und Halb-

fabrikate zu verteuern. Der hauptsächlichste Grund für das Steigen der Preise sei vielmehr bei den Gewerkschaften zu suchen, die mit Hilfe der nominellen Lohnsteigerung der Inflationszeit mehr oder weniger rücksichtslos die Stellung ausgenutzt haben, um ihren Mitgliedern besonders hohe Löhne zu sichern und so die Verantwortung für die Verteuerung der Industrieerzeugnisse, den mangelnden Absatz und die anhaltende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, wie überhaupt für die schlechte Wirtschaftslage tragen.

Die gleichen Gesichtspunkte sind von Kassel schon bei früheren Gelegenheiten, zuletzt auf dem Weltwirtschaftskongreß vertreten worden. Sie haben sowohl von gewerkschaftlicher wie wissenschaftlicher Seite eine eingehende und sachliche Widerlegung gefunden. Eine Wirkung hat das auf ihn nicht ausgeübt. Seine Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaften macht ihn unfähig, ihre wirtschaftliche und soziale Tätigkeit zu verstehen sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse nüchtern und objektiv zu beurteilen. Zugleich beruht die Auffassung Kassels auf der längst überwundenen manchesterlichen Theorie, daß die Verbilligung der Produktion die Niedrighaltung der Löhne erfordere. Diese Theorie ist durchaus falsch, weil niedrige Löhne und Produktionssteigerung auf die Dauer nicht miteinander in Vereinbarung zu bringen sind, der Innenmarkt dabei zugrunde gerichtet und jeder wirtschaftliche Fortschritt unterbunden wird.

In ihren Wirkungen läuft die von Kassel vertretene Wirtschaftsauffassung auf eine äußerst kurzfristige Dumpingpolitik zur Hebung des Exports hinaus, die sehr bald in das Gegenteil umschlagen und eine allgemeine Verelendung der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen müßte. Es würde das die Wiederkehr jener Zustände bedeuten, wie sie in Deutschland um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bestanden und erst in langer Gewerkschaftsarbeit, unter oft schweren wirtschaftlichen Kämpfen beseitigt werden konnten. Die Erfolge dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit, die eingetretene Besserung der sozialen Lage der Arbeiter und die seitdem trotz steigender Löhne eingetretene industrielle Entwicklung Deutschlands beweist auf das klarste, daß die Verbilligung und Intensivierung der Produktion auch ohne Lohndruck möglich ist, die Erhöhung der Löhne sogar eine notwendige Voraussetzung für die Erhöhung der Kaufkraft und den wirtschaftlichen Fortschritt bildet. Grund genug für die Gewerkschaften, sich in der von ihnen seither vertretenen Lohnpolitik nicht irre machen zu lassen.

Die Behauptung Kassels, die ungünstige allgemeine Wirtschaftslage rühre davon her, daß die Landwirtschaft infolge Überschneidung der Rohstoff- und Lebensmittelpreise durch die Preise für Industrieerzeugnisse nicht kaufähig sei, ist überflüssig falsch. Es gab eine Zeit, wo diese Überschneidung bestand; sie ist aber längst vorbei. Nach der Großhandelsstatistik stand im Januar d. J. der Preisindex für Agrarstoffe auf 140,2, für Industrierohstoffe und Halbwaren auf 129,1, für industrielle Fertigwaren auf 141,6, für planzliche Nahrungsmittel aber auf 155. Seitdem sind die Preise weiter gestiegen, ohne daß sich im Verhältnis zueinander eine Abweichung ergeben hat. Im Gegensatz dazu stiegen bis Ende 1926 die Wocheneinnahmen der gelernten Arbeiter im Reichsdurchschnitt auf 132, bei den ungelerten Arbeitern auf 142, gegenüber dem Stand von 100 im Jahre 1913. Nur die Stundenlöhne gingen mit 142 bzw. 167 darüber hinaus. Berücksichtigt man, daß sich der Lebenshaltungsindex um die gleiche Zeit auf 154,3 stellte, so ergibt sich ohne weiteres, daß von einer wesentlicheren Lohnsteigerung keine Rede sein kann, ein sehr großer Teil der Arbeiter noch nicht einmal den Friedenslohnstand erreicht hatte. Ferner ist es eine hinlänglich bekannte Tatsache, daß die Löhne nicht die Ursache der Preissteigerung, sondern in der Regel deren Folge sind.

An dieser Regel hat unter den Wirkungen der ungünstigen Wirtschaftslage die angeblich monopolistische Lohnpolitik der Gewerkschaften nichts zu ändern vermocht. Daß die seit 1913 eingetretenen, die allgemeine Kaufkraft schwächenden und das Wirtschaftsleben lähmenden Preissteigerungen auf monopolistische Tendenzen beruhen, ist unbestreitbar. Hieran tragen aber nicht die Ge-

werkschaften, sondern lediglich das von Industriellen wie Agrariern in trauter Gemeinschaft geförderte Schutzollsystem sowie das Kartell- und Trustwesens die Schuld. Kassel schlingelt sich in seinem Aufsatz an dieser unbequemen Tatsache mit einigen nichtssagenden Redensarten vorbei. Das ist bezeichnend! Ist doch bekannt genug, daß von jener Seite die rücksichtsloseste Preistreiberi inszeniert, die Rationalisierung der Produktion sabotiert und letztere eingeschränkt wird, nur um die Preise hoch zu halten. Unter solchen Umständen muß die Steigerung und Verbilligung der Produktion unterbleiben, kann keine wesentliche Hebung der Kaufkraft eintreten und das Wirtschaftsleben sich nicht derartig erholen, wie es unter Anwendung vernünftiger volkswirtschaftlicher Grundsätze der Fall wäre. Deren Anerkennung trotz allen Widerständen durchzusetzen ist und bleibt deshalb eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben!

Wirtschaftliche Rundschau.

Stellten wir das vorige Mal bei Betrachtung der Wirtschaftslage Deutschlands einen fortgesetzten Aufstieg fest, so stehen wir heute vor der kritischen Frage: Bestehen Aussichten auf Fortsetzung dieses Aufstieges oder ist ein Rückschlag in nächster Zeit zu erwarten? Je nach dem ob wir die Spannungs- oder Reibungserscheinungen, die wir hier und da bemerken, als wesentliche Bestandteile einer sich ausweitenden Produktion oder als erste Anzeichen des Abstieges werten.

Im Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftsprobleme steht die Kapitalfrage. Augenblicklich herrscht ein Kapitalmangel, der zu Besorgnissen hinsichtlich der Konjunktur Anlaß bietet. Inlandsanleihen sind völlig unanbringlich und wir sind jetzt mehr denn je auf eine Kapitaleinfuhr angewiesen, obwohl die Kapitalbildung fortwährend groß bleibt (z. B. stiegen die Spareinlagen der preussischen Sparkassen im Mai um 71,6 Millionen und damit immer noch überdurchschnittlich). Die diesmal recht erhebliche Ultimoanspannung (Juni) am kurzfristigen Geldmarkt äußert sich auch deutlich in den Durchschnittssätzen für die vergangene Woche. Tägliches Geld hat im Durchschnitt den Satz von 7 Proz. überschritten, während Privatskonten mit 5,92 Proz. hart an die Grenze des Diskontsatzes heraufgerückt sind. In New York zeigt sich die Ultimoanspannung in einem Steigen des Satzes für tägliches Geld von 4 auf 4½ Prozent, in London durch eine Verteuerung des Privatskontos von 4,22 auf 4,31 Proz. Hypotheken sind in ihren Nettokosten wieder auf 8½ bis 9 Proz. gestiegen und noch zu diesem Preise schwer erhältlich. Schwer abzusetzen sind Pfandbriefe, selbst die einjährigen preussischen Reichsmarktschwechsel mit 6½ Proz. Diskont nebst Vorzugsbedingungen sind wohl nur durch die Seehandlung bei den öffentlichen Kassen unterzubringen, da das große Publikum sich völlig passiv verhält. Alle Blicke richten sich darum auf die Kapitalimporttätigkeit, deren Ergebnisse endlich sichtbar werden. Die Berliner Anleihe über 5 Millionen Pfund ist jetzt perfekt geworden. Und zwar wird sie in England aufgelegt durch eine Gruppe der Häuser Schröder, Rothschild und Baring, die der Stadt für die 6proz. Anleihe eine Auszahlung von 93½ Proz. anboten unter Übernahme des 2proz. englischen Ausgabestempels auf ihre Rechnung. Sie ist mit einem Aufgeld von zunächst 2 Proz. in fünf Jahren kündbar, nach weiteren fünf Jahren ermäßigt sich das Aufgeld (Agio) um 1 Proz. Der Ausgabekurs soll Anfang Juli 98 bis 98½ Proz. sein. Ab 1957 wird der nicht getilgte Rest dem Nominalwert entsprechend zurückgezahlt. Der Auszahlungskurs, d. h. der tatsächliche Erlös von 93½ Proz. ist angesichts der gegenwärtigen englischen Kreditverhältnisse als günstig zu bezeichnen und in Verbindung mit der Form der Anleihe glaubt man die Genehmigung dieser Anleihe durch die Beratungsstelle der Länder beim Reichsfinanzministerium zu erlangen. Sie ist auch erteilt worden, aber nicht in der Höhe. Statt 100 Millionen Reichsmark sind nur 70 Millionen zugelassen. Der ganze Erlös sollte für Verkehrszwecke und für einen kleinen Teil zugunsten der Wasserwerke verrechnet werden, während die geplanten Geländekäufe für Wohnungsbauten auf

andere Weise finanziert werden sollen. Diese Nachricht von der Herabsetzung des Anleiheertrages von 5 auf $3\frac{1}{2}$ Millionen Pfund traf den Londoner Markt angenehm überraschend, da der dortige Geldmarkt unbedingt einer Entlastung bedarf. In vielen Kreisen wird behauptet, daß der Grund zu dieser Reduzierung nicht in der Ansicht Berliner Autoritäten, bereits zu verschuldet zu sein, zu suchen ist, sondern daß die Geldgeber nicht alle Projekte, für die das Kapital verwendet werden soll, gutheißen. Im Zusammenhang mit dem Tendenzschwung auf dem englischen Markte weist man in London darauf hin, daß Deutschland überall als starker Geldnehmer aufgetreten ist. In New York kommt durch die National City Bank dieser Tage eine 25 Millionen Dollar-Anleihe für die Rentenbank-Kreditanstalt zur Auflegung und es verlautet, daß hier noch mehr Verhandlungen über weitere Anleihen gepflogen werden. Es ist nun absolut kein Zufall, daß die ersten großen Geschäfte dieser Art in England abgeschlossen sind, obwohl auch dort die Neigung zum Kapitalexport gering ist, wie wir sahen. Der amerikanische Markt gilt nämlich im Augenblick auch als etwas verstopft. Die Unterbringung der $3\frac{1}{2}$ proz. amerikanischen Staatsanleihe war nur unvollkommen geglückt und vor allem sind einige Auslandsanleihen in den Staaten in der letzten Zeit schlecht gegangen, so die großen Anleihen von Neusüdwaale (50 Millionen Dollar), Mailand (30 Millionen Dollar), Chile (42,5 Millionen Dollar) und Budapest (20 Millionen Dollar). Nach amerikanischen Schätzungen harren etwa noch für 700 Millionen Dollar-Anleihen der Unterbringung und darunter etwa 250 Millionen ausländische. Trotzdem diese Mißerfolge in erster Linie auf einer Überspannung der Anleihebedingungen seitens der Kreditnehmer beruhen, ist es doch wahrscheinlich, daß Deutschland nur in mäßigem Umfang in den Vereinigten Staaten Anleihen aufnehmen kann und daß die Anleihebedingungen der Lage entsprechen. Denn Mißerfolge für deutsche Anleihen könnten sich gerade im Anfange als verhängnisvoll erweisen. Im übrigen wird die Entscheidung über die künftige Politik bei Auslandsanleihen erst fallen, wenn Dr. Schacht von der Internationalen Notenbankkonferenz aus New York zurückkehrt, und über bestimmte internationale Richtlinien bei der Kontingentierung von Auslandsanleihen verfügt. Jedoch kann man schon jetzt nach Lage der Dinge sagen, daß auf den internationalen Märkten eine Kapitalverknappung eingetreten ist, die sich besonders für Deutschland in seiner jetzigen Lage ungünstig auswirkt. Neben dieser Erschwerung der Kapitalversorgung macht sich naturgemäß ein Steigen der Zinssätze bemerkbar. Wir können also Kapital nur zu teuren Bedingungen erlangen, was sich im Steigen unserer Preise bemerkbar macht. Das Problem ist also, daß unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren unbedingt noch auf den Zufluß ausländischen Kapitals angewiesen ist. Dieser Zustrom ist mengenmäßig begrenzt, auf der einen Seite durch die währungs-politische Grenze, die sich aus der Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz ergibt, und andererseits durch die Bereitwilligkeit des ausländischen Kapitals, sich der deutschen Wirtschaft im verlangten Maße zur Verfügung zu stellen, denn auch die ausländische Wirtschaft befindet sich in einer Periode des Aufstieges. Währungspolitisch können wir immer nur so viel hereinlassen, als die Möglichkeit vorhanden ist, Verzinsung und Amortisation durch Export aufzubringen, wobei vor allem die Belastung durch die Leistungen auf Grund des Dawes-Planes zu berücksichtigen ist. Eine bestimmte Grenze läßt sich naturgemäß nicht angeben, vielmehr wird sich diese von Monat zu Monat, je nach der Entwicklung unseres Außenhandels, verschieben. Im übrigen wacht über die Innehaltung des richtigen Ausmaßes die Zulassungsstelle für die Auslandsanleihen, deren Eingreifen wir bei den jüngsten Vorfällen vorhin erwähnten. Viel bedeutsamer ist die zweite Tatsache, daß die Bereitwilligkeit zur Herabgabe ausländischen Kapitals nachgelassen hat. Es ist das, soweit Deutschland davon betroffen wird, nicht etwa ein Zeichen nachlassenden Vertrauens, sondern lediglich die Folge einer Verknappung aller Geldmärkte auf Grund einer steigenden Weltkonjunktur. Für uns ergibt sich daraus, daß wir, selbst wenn wir unsere Wirtschaft noch als aufnahmefähig für ausländische Anleihen erkennen, damit rechnen müssen, nicht die gewünschten Kapitalmengen zu bekommen. Infolgedessen sind wir gezwungen, und zwar schon heute, vorübergehend die uns zur Verfügung stehenden Mittel nur in der unbedingt zweckmäßigsten Form anzuwenden, d. h. vor allen Dingen in einer Form, die baldige Erträge der investierten Kapitalien erhoffen läßt, damit unsere Wirtschaft nicht plötzlich vor einem nicht zu beseitigenden Mangel an Betriebskapital steht, der sie um vielleicht Jahre mühseliger Arbeit zurückwirft. Zu dieser, bald ertragreichen Kapitalverwendung kommt die zweckmäßige Anlage der Abdeckungsmöglichkeit und vor allem die innere Kapitalbildung. Die letzten beiden Ziele können nur allein durch Preis-senkung erreicht werden, da nur durch sie Exportsteigerung, Stärkung der Konsumkraft, erhöhte Produktion, zunehmende Gewinne und

wachsende Spartätigkeit, d. h. Kapitalbildung, möglich sind; das sollte eigentlich schon restlos erkannt worden und selbstverständlich Richtschnur alles wirtschaftlichen Handelns geworden sein. Bedauerlicherweise ist dies, wie gerade an dieser Stelle wiederholt festgestellt worden ist, nicht der Fall. An viel zu vielen Stellen versucht man in unserer Wirtschaft noch immer, gegen den Strom zu schwimmen, und glaubt durch Hartnäckigkeit die Falschheit dieses Vorgehens ausgleichen zu können.

Haben wir bis hierher hauptsächlich die Kapitalverwendung behandelt, so ist die Kapitalerzeugung noch wichtiger. Hat doch im letzten Halbjahr die Kapitalverwendung die Kapitalerzeugung um mehr als anderthalb Milliarden Mark überstiegen. Diese Tatsache zeigt den Schuldnercharakter der deutschen Wirtschaft und offenbart damit die Gefahren für unsere Konjunktur. Zur Beseitigung dieses Mangels sind Ertragssteigerungen in Industrie und Landwirtschaft und vor allem die Realisierbarkeit des mit der Ertragssteigerung verbundenen Produktionszuwachses zu gewinnbringenden Preisen die wichtigsten Mittel. Diese Ertragssteigerung muß in der ersten Zeit nicht zum Aufbau des Produktionsapparates verwendet werden, sondern muß durch Lohnverbesserung erst volle Kaufkraft werden, damit zunächst der auf Kredit vergrößerte Absatz eintritt, und später eine größere Wirtschaftlichkeit der Betriebe sich daraus ergibt und dadurch auch Gewinne gemacht werden. Diese Forderung der Arbeiterschaft, daß die Kaufkraftsteigerung selbst, und gerade durch Verschuldung, das Primäre sein muß, ist, wenn die Verschuldung gewisse Grenzen nicht überschreitet, in der Volkswirtschaft ebenso wenig besorgniserregend wie in der Privatwirtschaft. Auch die einzelne Unternehmung bestreitet ihre Expansion im Konjunkturaufschwung — außer von eigenem vorgeschossenen und akkumulierten Kapital — von fremden Krediten. Es liegt nicht der geringste Grund vor, gerade deshalb die Konjunktur abzustopfen, etwa mit der irrigen Begründung, daß die Zinslast die Rentabilität der deutschen Produktion gefährde. Ausschlaggebend ist nur der Verwendungszweck, d. h. es ist eine Anlage des Kapitals erforderlich, die es ermöglicht, daß die Gesamtwirtschaft den Produktionsapparat auf erweiterter Stufenleiter reproduziert, und die eine Produktion von Gütern zu einem Preise gestattet, der eine Ausfuhr im Rahmen der auf der Wirtschaft ruhenden Verpflichtungen möglich macht. Z. B. wäre es unverantwortlich, wenn Kommunen Anleihen aufnehmen, nur um ihr Städtebild zu verschönern. Weiter wäre in bezug auf Kapitalerzeugung Verzicht auf eine unangemessene Lagerhaltung richtig; dergleichen rechtzeitige Zurückhaltung bei der Errichtung neuer Anlagen, die nur spät einen Ertrag versprechen; eine weitere Besserung der Kapitalvermittlung, d. h. eine zweckmäßigere und damit billigere Verteilung der Wirtschaftskredite und endlich entscheidend Produktionsverbesserung in Industrie und Landwirtschaft. Daß diese Art Geschäftspolitik volkswirtschaftlich zweckmäßiger ist, zeigt in der Praxis — allerdings unter Zwang — der Bergbau, der in diesen Tagen nach langwierigen Verhandlungen eine Verlängerung der Kölner Konvention durchsetzen konnte. Die Situation, in der sich der rheinisch-westfälische Bergbau befand, war dergestalt, daß man die Wahl hatte, zwischen Aufheben der Geschäftsverbindung oder Nachlaß im Preis. Am 30. Juni lief die im Oktober 1926 geschlossene Kölner Konvention, die die Reparationslieferungen in eine kaufmännische Form gebracht hatte (vollkommene Freiheit der Kohleneinfuhr nach Frankreich) ab. Mittlerweile hatte Frankreich das Einfuhrzins-System für Kohle zum Schutze seines Bergbaues, der bereits wieder 2 Millionen Tonnen Haldenbestände aufzuweisen hatte, eingeführt, und Deutschland wäre dadurch seinen Kunden los geworden, wenn es nicht gelungen wäre, die Konvention zu verlängern. So kam die Vereinbarung einer garantierten Mindestmenge, die dem rheinisch-westfälischen Kohlendukat für die Einfuhr nach Frankreich gewährt wurde, zustande. Als Äquivalent dafür mußte aber vom deutschen Bergbau eine Vergütung von 1,15 RM. je Tonne eingeräumt werden, ein Satz, der sich entsprechend der Steigerung der einzuführenden Menge erhöht. Hier hat also die richtige Erkenntnis sich durchgesetzt, daß die Beibehaltung der Absatzmöglichkeit überhaupt ebenso wichtig ist, wie der bei diesem Geschäft erzielte Erlös. Einmal bleibt auf diese Weise die Verbindung mit den französischen Abnehmern aufrecht erhalten, und ferner wird erreicht, daß das Produktionsquantum unverändert bleibt oder gar in die Höhe geschraubt wird, wodurch sich die anteilmäßigen Unkosten an der Tonne wesentlich verbilligen. Würde man diese richtige Geschäftspolitik durchweg zur Anwendung bringen, so würde man die Richtigkeit des immer wieder betonten kaufmännischen Grundsatzes, daß großer Umsatz — kleiner Nutzen weit gewinnbringender ist, als kleiner Umsatz und großer Nutzen, sehr bald erkennen. Die Folge wäre, daß nicht erneut eine Erhöhung der Inlandspreise gefordert würde, sondern daß der Bergbau von sich aus Preis-senkungen vornimmt, wodurch ihm und der Volkswirtschaft gleichzei-

tig der beste Dienst erwiesen wird. Eine solche bei der Rohstoffbasis einsetzende Preisrevision würde die erste Handhabe dazu bieten, Kapitalverwendung und Kapitalversorgung in Einklang mit einander zu bringen.

Zusammenfassend können wir sagen, daß kein Zweifel darüber besteht, daß die Kapitalversorgung in den nächsten Jahren noch aus den Gold- und Kapitalkräften des Auslandes erfolgen muß, da sich die heimische Kapitaldecke nur ganz allmählich ansammeln kann. Daraus ergeben sich bestimmte angeführte Konsequenzen für die Kapitalverwendung. Da unsere Wirtschaft bei weitem noch nicht so stabil ist, sondern wir uns unverändert im Stadium des Manöverierens befinden, in dem die kleinste Teilbewegung von größter Bedeutung sein kann, so müssen alle Kapitaloperationen die zweckmäßigsten Bahnen einschlagen. Und wir sind der Ansicht, daß nur durch geschickte Wirtschaftspolitik in der letzten Zeit sich Spannungen auf verschiedenen Produktionsgebieten bemerkbar machen, die den Lauf der Konjunktur noch nicht beeinträchtigen werden.

Erka.

Die Geschichte des Gewerbegerichts.

Mit dem 1. Juli d. J. sind an die Stelle der Gewerbegerichte die Arbeitsgerichte getreten. Es ist daher nicht unangebracht, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Gewerbegerichts, auf seine Entstehung, seine Zusammensetzung und seinen Wirkungskreis zu werfen.

Die Gewerbegerichte haben ihre Geschichte. Die Zunftgerichte waren ihre Vorläufer. Bereits am Ende des 13. Jahrhunderts stießen wir auf Zunftgerichte. So hatten die einzelnen Zünfte in Berlin, Stendal, Freiburg und Köln eigene Zunftgerichte. Diese Zunftgerichte befahnten sich mit den gewerblichen Streitigkeiten, die innerhalb der Zünfte auftraten. Mit der Überwindung des Mittelalters, der gebundenen Wirtschaftsverhältnisse, gerieten die Zünfte in Verfall. Mit der Auflösung der Zünfte hörten natürlich auch die Zunftgerichte zu bestehen auf. Geschichtlich fällt diese Zeit für Deutschland in den Anfang des 19. Jahrhunderts. In Frankreich ist dieser Prozeß um einige Jahrzehnte früher eingetreten. Mit der französischen Revolution im Jahre 1791 wurde für Frankreich die völlige Gewerbefreiheit proklamiert. Mit der Auflösung der Zünfte und mit dem Wegfall der Zunftgerichte blieben die gewerblichen Streitigkeiten nach wie vor bestehen. Ja, durch die Gewerbefreiheit vermehrten sie sich.

In Frankreich trat an die Stelle der Zunftgerichte die Beratungskollegien für Manufakturen, Fabriken, Künste und Handwerke. Eingesetzt wurden sie im Jahre 1803. 1806 wurden die Kollegien mit all den Rechten einer richterlichen Behörde ausgestattet. Diese Kollegien führten den Namen „Rat der Gewerbeverständigen“. Ihre Aufgabe war, die aus dem Arbeitsverhältnis entstandenen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu bearbeiten. Die Schlichtung oder Verhandlung der Streitigkeit wurde im Betrieb selbst vorgenommen. Diese Fabrikgerichte sahen vor allem darauf, die Streitigkeiten im Vergleichswege zu erledigen. Bevor in die eigentliche Verhandlung eingetreten wurde, wurde durch vorherige Besprechungen in der sogenannten Vergleichskammer versucht, dem Streite friedlich beizukommen, d. h. es wurde sich um die Verständigung der Parteien bemüht; scheiterten diese Bemühungen, so wurde der Streit durch die Verhandlung entschieden.

Mit der Besetzung Deutschlands durch Napoleon kamen diese französischen Fabrikgerichte auch nach Deutschland. Im Rheinlande wurden sie zuerst eingeführt. In den Jahren 1806—1811 entstanden in einer Reihe von Städten, so in Köln, Aachen, Krefeld, die ersten deutschen Fabrikgerichte. In den Städten des rechten Rheinufer wurden diese Gerichte erst später ins Leben gerufen. So 1840 in Elberfeld, Barmen und Solingen; 1843 in Remscheid, 1844 in Düsseldorf usw. Der Fabrikgerichtsbereich erstreckte sich meist auf das Stadteritorium und auf die in diesem Teritorium vorhandenen und betriebenen Fabrikationszweige und Handwerke, bzw. auf die ansässigen Fabrikherren und Kaufleute, Handwerksmeister und der von ihnen beschäftigten Aufseher, Werkmeister, Gesellen und Lehrlinge. Die Beschäftigten konnten außerhalb des Stadteritoriums wohnen.

Die deutschen Fabrikgerichte bestanden ebenfalls aus einer Vergleichskammer und dem Hauptbureau. Besetzt war das Fabrikgericht von Fabrikherren, Werkmeistern und Handwerkern. Den ordentlichen Mitgliedern standen die Stellvertreter zur Seite. Wählbar waren alle Handelstreibende, Fabrikherren und Handwerker, die eine bestimmte Höhe der Gewerbesteuer entrichteten, und Werkmeister, die eine längere Dienstzeit aufzuweisen hatten. Die Amtsdauer betrug drei Jahre. Die Mitglieder der Gerichte mußten über 30 Jahre alt sein.

Eine andere personelle Zusammensetzung erfuhren die Gewerbegerichte durch das Reichsgesetz vom 29. Juli 1890. Dieses Gesetz bestimmte,

daß die Mitglieder der Gewerbegerichte und später dann der Kaufmannsgerichte je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu bestehen habe. Auf die Änderungen, die nach dem Kriege erfolgten, brauchen wir, da wir sie ja alle miterlebt haben, nicht näher einzugehen. Durch die Schaffung der neuen Arbeitsgerichtsbehörden ist nun wieder ein Stück Entwicklung zum Abschluß gekommen. Hoffen wir, daß durch das Arbeitsgerichtsgesetz die Interessen der Arbeitnehmer in einem noch weit besseren Maße wahrgenommen werden können als dies durch die Gewerbegerichte möglich gewesen ist.

Die „unglücklichen Grundsätze der deutschen Gewerkschaften“ und andere Dinge.

In Dresden hat die Sechste Jahresschau Deutscher Arbeit ihre Pforten geöffnet. Im Rahmen dieser jährlichen Veranstaltungen wurde bisher gezeigt: Porzellan, Keramik, Glas; Spiel und Sport; Textil; Wohnung und Siedlung; Gartenbau. Dieses Jahr präsentiert sich die moderne Großmacht: *Das Papier*. Mehr als 25 000 qm Ausstellungsraum ist belegt, 34 Ausstellungshallen stehen zur Verfügung. Hochwertige deutsche Erzeugnisse treten mit einander in friedlichen Wettbewerb und sollen, in der Gesamtheit betrachtet, Zeugnis ablegen von der Weltgeltung der deutschen papiererzeugenden und -verarbeitenden Industrie. Inwieweit das gelungen ist und was technisch zu dieser Ausstellung gesagt werden muß, wird von berufener Feder an anderer Stelle schriftlich niedergelegt werden.

Wie es bei allen derartigen Anlässen üblich ist, so wird auch bei dieser Gelegenheit ein amtlicher, also offizieller Führer herausgegeben, für den die Veranstalter der Ausstellung verantwortlich zeichnen. Aus ihm erfahren wir zunächst, daß Herr v. Beneckendorf und v. Hindenburg Ehrenpräsidium und daß Herr Marx, des deutschen Reiches Kanzler, ebenfalls mit von der Partie ist. Unter der Rubrik: „Beteiligte Behörden“, finden wir unter anderem das Reichsministerium des Innern, und der „Inneren Organisation“ steht vor ein Ministerialrat vom Sächsischen Wirtschaftsministerium. Wir dürfen wohl annehmen, daß den fettgedruckten Herrschaften nicht nur die Rolle von Figuranten zugefallen ist, sondern daß durch diese Aufführung ausgedrückt werden soll, daß diese Ausstellung eine Art halbamtlichen Charakters trägt. Ob und wie weit sich Reich, Land und Kommune aus Mitteln der Steuerzahler an dieser oder den vorhergehenden Ausstellungen beteiligen, wird nicht verraten. Der gewaltige Auftrieb von Titulaturen, der auch unter der Rubrik: „Ständiger Ehrenausschuß“ und noch bei einigen nachgeordneten Ausschüssen anzutreffen ist, läßt vermuten, daß die Sache nicht ohne ist. Aber auch wenn diese Annahme nicht zutreffen sollte, müßte die überaus starke Inanspruchnahme offizieller Persönlichkeiten die Ausstellungsleiter verpflichten, Organisation und Propaganda ihrer Veranstaltung auf streng neutralen Boden zu stellen. Das muß Grundsatz jeder ernst zu nehmenden Ausstellung sein, auch ohne die vorerwähnte Sammlung überflüssiger Bezeichnungen. Man sollte meinen, daß bei solchen Ausstellungen vor allen Dingen Qualitätsprodukte miteinander konkurrieren, nicht aber Wirtschaftssysteme, Gesellschaftsordnungen oder Weltanschauungen.

Wie weit die Geschäftsleitung der Ausstellung dieser Selbstverständlichkeit nachgekommen ist, wollen wir an einem Fall illustrieren, der uns als Verbandsmitglieder und Gewerkschafter ganz besonders angeht.

Die Ausstellung hat es für richtig befunden, im offiziellen Führer vor dem Ausstellerverzeichnis belehrende und erklärende Aufsätze zum Ausdruck zu bringen. Dagegen wird sich keine vernünftige Stimme erheben, denn richtig aufgezeigt und ausgewählt, könnten gewerbetechnische Aufsätze noch Geltung haben, wenn der übrige Teil des Führers dieselbe längst verloren hat. Es besteht ein wirklicher Mangel an derartigen guten Aufsätzen, und es ist deshalb zu bedauern, daß nicht alle diese Aufsätze in dem angezogenen Führer als Treffer anzusprechen sind. Obwohl der Papiererzeugungs zufolge des ganzen Charakters der Ausstellung die Priorität auch bei den technischen Abhandlungen gebührt, so ist es aber doch auf der anderen Seite vollständig falsch, das große graphische Vervielfältigungsgewerbe, mit dem ja die Papiererzeugung organisch zusammenhängt, was auch durch die dominierende Stellung, die diesem Gewerbebezug in der Ausstellung eingeräumt wurde, bewiesen wird, so ganz unerwähnt zu lassen. Ein Aufsatz ist allerdings dabei und der ist es gerade, mit dem wir uns ein wenig beschäftigen müssen. Technisch bietet er nichts. Dafür bringt er aber Abhandlungen, die zum Teil einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus geschrieben sind und ihrer ganzen Tendenz nach in ein Unternehmerorgan gehören. Obendrein bringt diese Abhandlung eine Kritik gewerkschaftlicher Auffassung in schiefer Darstellung. Kein Besucher, der sich auf dieser Fachausstellung beruflich orientieren will, kann sich dieser Abhandlung bedienen. Nach dem, was

Interessenten wissen wollen über den gegenwärtigen Stand des Gewerbes und über die Produkte, die auf den modernen Maschinen, die in der Ausstellung zu sehen sind, hergestellt werden können, wird man in diesem Führer vergeblich suchen. Deshalb wird auch die Hoffnung auf Vergrößerung des Abnehmerkreises, soweit dieser Artikel in Frage kommt, sicher keinen Auftrieb erfahren. Der werbende Charakter dieser Abhandlung ist für das Gewerbe als Null zu bewerten.

„Die Lage des Steindruckgewerbes“ betitelt sich der angezogene Schriftsatz, und Herr Dr. Louis Hageberg ist sein Verfasser. Herr Dr. Hageberg ist uns kein Unbekannter. Die geistige Führung der Unternehmer bei fast allen tariflichen Verhandlungen der Nachkriegszeit lag bei ihm. Herr Hageberg ist also kein x-beliebiger und unserer Auffassung kennt er sich besser aus auf wirtschaftlich-arbeitsrechtlichem Gebiet und in der Austragung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, als auf dem Gebiet der Technik. Sein Artikel legt für diese Behauptung Zeugnis. Im zweiten Absatz seiner Abhandlung macht Herr Hageberg eine sehr wichtige Feststellung, die für das Lithographie- und Steindruckgewerbe von höchwichtiger Bedeutung ist. Die Bedeutung liegt in einer zwar verspäteten, aber restlosen Anerkennung einer Tatsache, deren Ablehnung vor dem Kriege uns unter anderem die großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen 1906 und 1911-12 gebracht hat. Herr Louis Hageberg schreibt in seinem Artikel: „Die Lage des Steindruckgewerbes vor dem Kriege war nicht ungünstig“. Die Bedeutung dieser Worte wird für alle die hochwichtig sein, die sich die Kämpfe um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und um die Sicherung des Gewerbefriedens im Lithographie- und Steindruckgewerbe vor 1914 in die Erinnerung zurückrufen können. Dieselbe Feststellung, die heute Herr Dr. Hageberg in diesem Artikel macht, haben die Gehilfenvertreter der in Frage kommenden Verbände und besonders unseres Verbandes immer wieder gemacht, sind aber wütend und oftmals mit unfairen Mitteln zu damaliger Zeit angegriffen worden. Es ist ein großes Verdienst unseres Kollegen Haß, der in seiner leider viel zu wenig bekannten Schrift: „Zur Geschichte des Lohnkampfes 1911-12 im Lithographie- und Steindruckgewerbe“ eine geschichtliche Darstellung jener Zeitkämpfe gegeben hat, die geführt werden mußten, weil die damals führenden Kreise der Unternehmer den Grundsatz: „Leben und leben lassen“ nicht zur Geltung kommen lassen wollten. Die Kritiken, die diese Kämpfe bei den Gewerbeangehörigen erfahren haben, waren meist getragen von der Auffassung, daß die Gehilfen dem „Luxusgewerbe“ untragbare Lasten zugemutet haben, und daß den Kämpfern, die das Gewerbe so schwer schädigten, seitens der Unternehmer nicht ausgewichen werden konnte, weil sie um ihre nackte Existenz kämpften. In vielen Aufsätzen haben die Gehilfenvertreter bewiesen, daß dem nicht so war und daß ganz andere Ursachen vorhanden gewesen sind, die zu diesen Differenzen führten. Daß es sich bei diesen Kämpfen um das Nichtwollen gehandelt hat, ist jetzt erneut durch das Zeugnis des Herrn Dr. Hageberg bestätigt worden und diese Feststellung ist das Wertvollste an seinem ganzen Artikel. Was ist doch zu damaliger Zeit von Unternehmenseite alles geschrieben worden, um die Übertragung der bekannten schlesischen Verhältnisse auf alle Druckstädte des Reiches zu rechtfertigen. Wer erinnert sich nicht noch jener Worte, die der damalige Führer des Schutzverbandes, Herr Dr. Gerschel, sprach: 25 Mk. Wochenverdienst für einen gelerntem verheirateten Arbeiter ist ein durchaus entsprechender Lohn“. Wer erinnert sich nicht daran, mit welcher unsauberen Mitteln die Unternehmer damals in den Gehilfenkreisen Verbündete suchten, um die Niederhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen? Die Beschlagnahme des Verbandsvermögens 1906, die Versuche, diese Gehilfenkreise durch Zuwendung an den Invalidenfonds zu ködern und die Zwangsorganisation der Lehrlinge bei dem gelben Unterstützungsverein „Senefelder“, sind sicher noch in aller Erinnerung. Und all diese Maßnahmen sollten notwendig sein als Abwehr gegen die Gehilfenbestrebungen, weil angeblich der Niedergang des Gewerbes bevorstand. Und was sagt Herr Dr. Hageberg heute: „Die Lage des Steindruckgewerbes vor dem Kriege war nicht ungünstig!“ Obwohl unter der Gehilfenerschaft nur eine Meinung über die Notwendigkeit der damaligen Aktion bestand und noch besteht, kann man doch den verantwortlichen Verbandskörperschaften, deren Haltung vor dem ganzen Gewerbe durch den Ausspruch des Herrn Dr. Hageberg auf das glänzendste gerechtfertigt wird, nur Glück wünschen. Die Leiter unserer Organisation beurteilten die Dinge damals durchaus richtig, als sie die programmatischen Feststellungen des Unternehmersonorgans: „... daß die Gehilfenorganisation jeden Tarifvertrag willkommen heißt, weil er der Gewerkschaft Gelegenheit bietet, ihren Kriegsfonds zu stärken und weil die Gewerkschaft während der 6 Monate, zwischen der in der Regel von Seiten der Gehilfen erfolgten Kündigung und dem Ablauf des Tarifes, Gelegenheit hat, die Leidenschaft zu schüren und weil

ein Tarif erfahrungsgemäß nur Verbesserungen für die Arbeiter bringt“, als viel wichtiger bewertet als die Lamentationen von der angeblichen schlechten Lage des Gewerbes. Wir könnten bei dieser Gelegenheit noch andere Aussprüche der Unternehmer anführen, die beweisen würden, daß nicht die Lage des Gewerbes, sondern das Prinzip der Niederhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Triebfeder damaligen Handelns war.

Wir führten das Vorhergesagte nicht deswegen an, um eine abgeschlossene Sache aus irgendwelchen nebensächlichen Gründen heraus in Erinnerung zu bringen, sondern deswegen, weil auch heute der Geist von damals noch nicht verschwunden ist und bei jeder Gelegenheit wieder aufbäumt. Das zeigen neben der tariflichen Spruchpraxis vor allem auch die Tarifverhandlungen, die den Abbauwillen der Unternehmer immer deutlicher in Erscheinung treten lassen. Leider nicht ohne Erfolg! Weil die Gehilfenschaft, die bisher eine Lammesgeduld bewiesen hat, sich auf die Dauer diese Angriffe nicht mehr gefallen lassen kann und wir uns bei Fortsetzung dieser Politik wieder jenen Verhältnissen nähern, die 1906 und 1911-12 zum Kampfe führten, erschien es uns angebracht, mit freundlicher, sicher ungewollter Unterstützung des Herrn Dr. Hageberg die Störer des Gewerbefriedens nachträglich nochmals dem Gewerbe vorzuführen.

Herr Dr. Hageberg sagt aber noch mehr in seinem Artikel. Er verwendet viel Fleiß darauf, den Niedergang des Gewerbes statistisch zu beweisen. Er führt aus, daß die Hochschutzzölle, die ja bekanntlich auch von uns bekämpft werden, schuld an der gedrosselten Ausfuhr sind und erwähnt auch den Weltkrieg bei dieser Gelegenheit mit. Feststellungen, daß die Arbeitnehmervertreter im Parlament Hochschutzzölle und alle Maßnahmen, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen, bekämpfen, fehlen. Dafür wagt aber Herr Dr. Hageberg die Behauptung, daß an der angeblich mangelnden Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte „... zum Teil die unglücklichen Grundsätze der deutschen Gewerkschaften schuld sind“. Er fährt fort: „Während die amerikanischen Gewerkschaften besonderen Wert auf die Höhe des Lohnes legen, die Leistungen der einzelnen Arbeiter aber nicht beschränken, standen die deutschen Gewerkschaften bis vor kurzem auf dem Standpunkt, daß die Leistungen des einzelnen Arbeitnehmers den Durchschnitt nicht überschreiten dürften, um den Lohn der wenig Leistenden nicht zu drücken.“

Hier begegnen wir wieder einer solcher Behauptungen, die der von der „angeblich schlechten Lage des Gewerbes“ vor dem Kriege verteuft ähnlich sieht. Herr Dr. Hageberg kann keinen Beweis von der Drosselung der Produktion durch die Gehilfenvertreter anführen, er behauptet es aber genau so, wie es seine Mitkollegen vorkriegszeitlich mit der Lage des Gewerbes getan haben. Wir glauben es schon, daß unsere deutschen Unternehmer für deutsche Löhne amerikanische Leistungen annehmen würden und zwar unter Anwendung veralteter Maschinen und Produktionsmethoden. Wir haben wirklich nicht nötig, die Leistungsfähigkeit unserer Kollegen im speziellen und der deutschen Arbeiter im allgemeinen besonders herauszustreichen. Beide sind bekannt und in der Welt nicht umstritten. Sonderbar ist nur, daß Herr Dr. Hageberg den in der kapitalistischen Welt ganz selbstverständlichen Grundsatz: „Für wenig Geld wenig Ware“ den deutschen Gewerkschaften so stark verübelt. Er beweist dadurch aufs neue die Wahrheit des Wortes: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist doch nicht dasselbe“. Daß Herr Dr. Hageberg allen Ernstes die passive Handelsbilanz den deutschen Arbeitern, und hier im speziellen Falle unseren Kollegen anhängen möchte, beweist sein folgender Satz: „Daß bei solchen Grundsätzen die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig sein kann, ist klar.“

Es wäre verlockend, gerade Herrn Dr. Hageberg an dieser Stelle zu beweisen, daß die offerierten Grundsätze: „Für wenig Geld viel Ware“, möglichst unter Berücksichtigung des Akkord- und Prämiensystems ganz abwegige Methoden sind, Betriebe vorwärts zu bringen. Wir können auf Beispiele verweisen, wo nach solchen Begriffen orientierte Betriebe zurückgingen und an Bedeutung verloren, andere aber, die sich etwas vernünftiger einstellten, blühen und gedeihen. Da wir aber gegen Auffassungen und nicht gegen Personen kämpfen, wollen wir auf spezialisierte Darstellung verzichten.

Zum Schluß seines Artikels kommt Herr Dr. Hageberg noch auf die im Gewerbe übliche Preisschleuderei zu sprechen, die unserer Meinung nach sehr viel schuld daran trägt, wenn sich manche Betriebe nicht so betten können, wie sie gern möchten. Einigkeit scheint in diesen Kreisen nur zu herrschen, wenn es gegen die Gehilfen gehen soll, und so etwas nennt sich Gewerbspolitik! Herr Dr. Hageberg wird dann am Ende noch fatalistisch und meint: „Wenn die Leiter der Betriebe verständlich und einsichtig wären, würden sie lieber auf nicht gewinnbringende Aufträge verzichten, die Fabrikation weiter einschränken, bis der Markt gesundet ist...“ Also Resignation

statt Tatkraft! Dieser Rat, den Herr Dr. Hagelberg den Gewerbeangehörigen erteilt, liegt auf derselben Linie wie die angebliche „schlechte Lage des Gewerbes“ und die Behauptung von der Drosselung der Produktion durch die Gehilfen. Wo würden wir denn angesichts der mit uns konkurrierenden Verfahren der anderen graphischen Industrien hinkommen, wenn wir dieser fatalistischen Betrachtungsweise folgen würden! Herr Dr. Hagelberg kommt uns in dieser Situation vor wie Kaiser Rotbart Lobesam, der im Kuffhäuser sitzt, sich den Bart durch die Tischplatte wachsen läßt und mit seinen Heerscharen auf bessere Zeiten wartet. „Die Raben umkreisen noch den Berg“, soll Rotbart zur Antwort bekommen, wenn er in Zwischenräumen seinen treuen Knappen fragt, wie weit es denn sei.

So würde es auch dem Gewerbe gehen, wenn nach jenen Grundsätzen Gewerbepolitik gemacht würde, die wir hier erneut kritisierten. Bloß aus den Raben des alten Barbarossa würden Pleitegeier werden, dessen sind wir sicher.

Feuilleton.

Käte Kollwitz. ☞☞
Nachträgliches zum 60. Geburtstag am 8. Juli 1927.

Wahrlich steckt die Kunst in der Natur
 wer sie heraus reißen kann, der hat sie.
Albrecht Dürer.

So oft ich meine „Käte Kollwitz-Mappe“ (Veröffentlichungen des Kunstwarts und des Dürerbundes, Georg D. W. Callweg, München) in die Hände nehme und betrachte — so auch bei der heutigen Morgenandacht zum 60. Geburtstag der Künstlerin — fallen mir die Worte ein, welche Albrecht Dürer einmal in seiner wundervoll einfachen und starken Sprache gesagt hat: „Die Schönheit, was das ist, das weiß ich nicht!“

Und wahrlich, wenn man das Bildnis von Albrecht Dürers Mutter (Kohlezeichnung in Berlin) betrachtet, und die Schöpfungen unserer Käte Kollwitz, findet man Dürers Ausspruch voll auf bestätigt.

Käte Kollwitz ist vorwiegend graphische Künstlerin: Radiererin und Künstler-Lithographin, denn sie hat ihre Bilder meist in Kupfer radiert und auf Stein gezeichnet.

Einiges Biographisches aus dem Leben der Künstlerin wird wohl allgemein interessieren.

Käte Schmidt — wie sie mit ihrem Mädchennamen hieß — ist am 8. Juli 1867 in der Stadt der „reinen Vernunft“, der Stadt Immanuel Kants, des

„Weisen von Königsberg“ in Preußen, geboren. Mütterlicherseits war ihr Großvater, Julius Rupp, der Gründer der Freidenker-Gemeinde in Königsberg i. Pr.

Ihr armer Vater war Referendar, und erkannte bei seiner freireligiösen und politischen Gesinnung, daß er auf keine Beförderung im Staate der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ zu rechnen hatte, und wurde deshalb Maurer.

Bis zum Meister brachte er es, und ging erst als Maurer ab, als er zum Sprecher der Freidenker-Gemeinde gewählt wurde.

Seinen vier Kindern ließ er eine sorgfältige Erziehung angedeihen und seiner Tochter Kätes Künstlertalent erkannte er frühzeitig und förderte es, so gut er konnte.

Käte erhielt den ersten Zeichenunterricht beim Kupferstecher Mauer in Königsberg i. Pr. Dann kam sie 1885 zu dem berühmten aber unglücklichen Schweizer Künstler Stauffer (Bern), nach Berlin, der sich im Stadtgarten in Bern, später, wegen einer reichen Züricherin, den Freitod gab.

Käte kam wieder nach Königsberg i. Pr. und zwar diesmal zu Meister Neide, bis sie schließlich 1888 und 1889 zum Professor Herterich, aus der Platenstadt Ansbach (also einem geborenen Franken und meinem engeren Landsmann, auf den ich speziell sehr stolz bin, da er noch einen Bruder, der ebenfalls Künstler, hat), nach München kam. Im Jahre 1891 heiratete sie den „Armeleut“-Arzt Kollwitz in Berlin und unternahm 1904 und 1907 Kunstreisen nach Paris und Florenz.

Wer sich näher über Käte Kollwitz Kunst orientieren will, dem sei, außer der schon erwähnten Käte Kollwitz-Mappe noch das Buch: „Führer zur Kunst, Band 15, Käte Kollwitz von Hans Singer“ (Paul Neff Verlag, Max Schreiber, Eßlingen), allerbestens zur Anschaffung empfohlen. *M.-D.*

Die Hygiene des Lesens. ☞☞

Wie und wann nicht gelesen werden soll.

Daß das Lesen vielleicht von allen Nahtätigkeiten am meisten anstrengt, ist wohl darin begründet, daß die Augen beständig weiter rücken müssen und keinen Augenblick ruhig verharren können. Deshalb sollte man sich bemühen, nur unter den günstigsten Bedingungen zu lesen, vor allem bei guter einwandfreier Beleuchtung. Allerdings soll nicht nur die Beleuchtung zweckmäßig sein, sondern auch die Augen sollen sich in der richtigen Lage befinden und außerdem muß verlangt werden, daß das zu Lesende eine Ruhelage einnimmt. Deshalb ist das Lesen auf der Bahn aus hygienischen Gründen entschieden zu verwerfen, denn dabei haben die Augen nicht nur beständig eine Bewegung innerhalb der Zeilen-

richtung zu machen, sondern sie müssen auch fortwährend den Zeilen folgen, die sich durch die Stöße des Wagens in einer ständigen Unruhe befinden, was natürlich eine besondere Ermüdung der Augen zur Folge hat. Wer jemals schon in der Eisenbahn mehrere Stunden gelesen hat, der wird diese Ermüdung der Augen kennen, der wird sicherlich davon das, was man einen „dummen Kopf“ nennt, bekommen haben.

Auch beim Lesen im Bette ist die Augenlage vielfach eine unrichtige. Es strengt die Augen ungemein an, wenn in liegender oder halbliegender Stellung gelesen wird, und der Arzt sieht die Gründe dafür darin, daß die Beleuchtung dabei zumeist ungünstig ist, weil sie entweder zu lichtschwach ist oder eine direkte Strahlung in die Augen zur Folge hat. Sodann ist die Rückenlage, besonders aber die Seitenlage deshalb ungünstig, weil sie schwierige Anforderungen an das Binokularsehen stellt, als die aufrechte Körperhaltung.

Wenn man heute darüber einig ist, daß die Naharbeit den Fortschritt der Kurzsichtigkeit begünstigt, so kann man auch als sicher annehmen, daß die Naharbeit unter den geschilderten ungünstigen Bedingungen einen ganz besonders fruchtbareren Boden für die Entwicklung der Kurzsichtigkeit abgibt. Man sollte daher Jugendlichen, etwa bis zum 18. Lebensjahre, bis zu welchem Alter der Bau des Auges sich noch im Stadium des natürlichen Wachstums befindet, das Lesen im Bette nicht gestatten.

Allerdings soll nicht verschwiegen sein, daß diese Frage nicht immer eindeutig zu entscheiden ist, bei manchen nervösen Erkrankungen und Bejahrten ist die Bettlektüre oft das einzige Mittel, um in Schlaf zu kommen und bei bettlägerigen Kranken und Rekonvaleszenten wäre es eine unerbittliche Grausamkeit, ihnen die Bettlektüre einfach zu verbieten. Doch soll man mit Rücksicht auf die große Ausdehnung, welche die Schädigung der Augen gerade hier zu nehmen pflegt, um so mehr darauf achten, daß die Beleuchtung einwandfrei und der Körper gerade auf dem Rücken gelagert ist. *Dozent Ewald Schild.*

Bekanntmachung. ☞☞

Der Tarifvertrag für das deutsche Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendruck- und Notentischgewerbe und die deutsche Bromsilber-Kunstdruckindustrie, mit Gültigkeit ab 1. Juni 1927, ist im Druck fertiggestellt. Das Stück kostet 25 Pf. Bestellungen sind beim Tarifamt, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II aufzugeben. Um Voreinsendung des Kostenbetrages wird gebeten. *Der Verbandsvorstand.*

Den Toten zum Gedächtnis!

1927.

† Am 10. Mai in Berlin **Martin Zander**, Lichtdrucker aus Hamburg, 36 J. alt, plötzlich an Zuckerkrankheit. — Eingetr. in Berlin am 23. Mai 1926.

† Am 14. Mai in Berlin **Gustav Däbel**, Kartolithograph aus Berlin, 42 J. alt, an Lungentzündung, krank 4 W. — Eingetr. in Berlin am 31. Mai 1925 (vorher Mitglied im Bund der technischen Angestellten und Beamten seit 1. September 1924).

† Am 14. Mai in Berlin **Max Braun**, Lichtdrucker aus Berlin, 59 J. alt, an Gehirnerweichung, krank 84 W. — Eingetr. in Berlin am 22. Juni 1919.

† Am 16. Mai in Berlin **Arthur Appelbaum**, Lithograph aus Stuhm (Westpr.), 52 J. alt, an Haiskrebs, krank 10 W. und 1. T. — Eingetr. in Berlin am 9. Februar 1919.

† Am 27. Mai in Leipzig **Friedrich Meyer**, Steindrucker aus Eisdorf, 68 J. alt, an Magenleiden, krank 52 W. — Eingetr. in Leipzig am 29. Juni 1919.

† Am 28. Mai in Bremen **Wilhelm Westermann**, Steindrucker aus Bremen, 52 J. alt, an Lungenleiden, krank zuletzt 73 W. — Eingetr. in Bremen am 23. Februar 1919.

† Am 29. Mai in Nürnberg **Georg Knauer**, Steindrucker aus Nürnberg, 28 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 98 W. — Eingetr. in Nürnberg am 26. August 1917 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 12. Juli 1914).

† Am 31. Mai in Chemnitz **Max Sonntag**, Steindrucker aus Chemnitz, 46 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetr. in Chemnitz am 18. März 1899.

† Am 3. Juni in München **Karl Grimmer**, Steindrucker aus München, 55 J. alt, an Lungen- und Brustfellentzündung, krank 5 W. — Eingetr. in München am 15. Februar 1920.

† Am 4. Juni in Nürnberg **Leonhard Weiß**, Lithograph aus Nürnberg, 26 J. alt, an Nierenleiden, krank 6 W. — Eingetr. in Nürnberg am 4. Mai 1919.

† Am 5. Juni in Leipzig **Paul Müller**, Steindrucker aus Eilenburg, 64 J. alt, an Nierensteingleiden und Herzschwäche, krank 9 W. — Eingetreten in Leipzig am 20. September 1902.

† Am 5. Juni in Leipzig **Franz Wolfram**, Steindrucker aus Gottesgrün b. Greiz, 69 J. alt, an Altersschwäche und Herzschlag, krank 26 W. — Eingetr. in Leipzig am 20. September 1902.

† Am 5. Juni in Lahr i. B. **Georg Gäbler**, Steindrucker aus Lahr i. B., 74 J. alt, plötzlich an Schlaganfall. — Eingetr. in Lahr i. B. am 1. Januar 1893.

† Am 5. Juni in München **Fritz Brunner**, Retuscheur aus München, 38 J. alt, infolge Unglücksfall durch Kohlenoxydgasvergiftung im eigenen Bad. — Eingetr. in München am 19. Januar 1919.

† Am 6. Juni in Gera **Heinrich Pätzold**, Lithograph aus Gera, 79 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 1. April 1922. — Eingetr. in Leipzig am 1. Januar 1896.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gef. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedbuchs und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. *Der Verbandsvorstand.*

Wir suchen einen tüchtigen

Steindruck-Maschinenmeister

und bitten um Bewerbungen mit Lohnansprüchen, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe des Alters. **Kramp & Co., Lithographische Kunstanstalt, Offenbach a. M.**

In größerer Kunstanstalt Süddeutschlands dauernd

Farbätzer

für Offset- und Buchdruck gesucht. Oeff. Angebote an **Gustav Reischer, Stuttgart, Olgastraße 80.**

Tüchtiger Photolithograph

zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Evtl. ist Chromo-Lithographen Gelegenheit gegeben, sich umzustellen. Ausführende Bewerbungen und Lohnansprüche sind zu richten an **Rob. Leunis & Chapman G. m. b. H. Hannover.**

Höhere Fachschule für das graph. Gewerbe an der Kunstgewerbeschule Barmen Sonderkurse

im Gesamtgebiet des Offsetdrucks Dauer 2 und 4 Monate, je nach Vorbildung Prospekte durch Dir. Prof. Montenbruck

Achtung Düsseldorf!

Auskunftserteiler für Chemigraphen ist jetzt **Willy Sparschuh, Düsseldorf, Derendorfer Straße 98 II.**